

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 49 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüder-
straße 106 .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 6. Dezember 1912

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Inter-
nationale Friedenskundgebung. — Neue Rundierung der
Sozialpolitik. II. — Interpretation anstatt Abwehr. —
Kulturbilder. — Unser Verband am Schlusse des 3. Quar-
tals 1912. — Streiks und Lohnbewegungen. — Korre-
spondenzen. — Soziales. — Genossenschaftliches. — Aus-
land. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvor-
standes. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Wäher-
schau. — Verlammlungs-Kalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 8. bis 14. Dezember ist
der 50. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Nachstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigensten
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in
anderen Städten sich zuvor bei der dortigen
Ortsverwaltung zu erkundigen.

Hamburg. Die Arbeiter und Arbeiter-
innen der Freidreibereifabrik C. Scholz stehen
im Streik. — In der Reißartikelfabrik
der Firma Kongsbad stehen unsere Kollegen im
Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Bayern. Die Kollegen der Lederverwaren-
fabrik Ritke stehen infolge Kündigung des
Tarifvertrages in einer Lohnbewegung.

Magdeburg. In der Militäreffekten-
fabrik von Thieme befindet sich die Sattler im
Streik, weshalb jeder Zugang fernzuhalten ist.

Offenbach a. M. Die Militäreffektenfabrik
(Firma Maury) ist gesperrt.

Ausland.

Brüssel. Firma Beisart ist gesperrt.

Internationale Friedenskundgebung.

Volksschulen, Kasernenhof und Münster
wurden von staatlichen und kirchlichen Behörden
Basels der Vertretung des internationalen Pro-
letariats zur Verfügung gestellt, um der welt-
historisch bedeutsamen Friedenskundgebung der
klassenbewussten Arbeiterklasse Europas einen
wirksamen Hintergrund zu verleihen. Daß
Schule, Kaserne und Kirche in den Dienst prole-
tarischer Bestrebungen gestellt wurden, ist nicht
nur symbolisch zu deuten, sondern ist auch die
Anerkennung der Machtentfaltung organisierter
Arbeiter und nicht zuletzt eine Sympathiebezeu-
gung für die bisher geleistete und noch zu voll-
bringende Kultur- und Friedensarbeit der mo-
dernen Internationale. Die Schulen, frei von
Byzantinismus und Geschichtsfälschung, eine

Stätte der Bildung und Erziehung unserer zu-
künftigen Volksgenossen, die Kaserne eine Stätte
hygienischer Körperpflege und Stählung, die
Kirche eine Stätte geistiger Erbauung und Er-
holung, zur Verkündigung des neuen, besseren
Evangeliums, das sind Zukunftsbilder, die immer
mehr in greifbare Nähe rücken. Sie drängten
sich jedem auf, dem es vergönnt war, an dem
Demonstrationszuge am Sonntagnachmittag in
Basel teilzunehmen, dessen Einzug in das alt-
ehrwürdige Münster mit Glockengeläut und
Orgelklang geweiht wurde. Würdiger ist noch
kein Monarch, kein Papst und kein Bischof in
diesem alten Dom eingezogen.

Begrüßt durch eine Adresse des gesamten
Regierungsrats und Ansprachen der beiden Prä-
sidenten des Kantons Basel-Stadt, in Anwesen-
heit staatlicher und kirchlicher Behörden, wurden
die Verhandlungen und das Meeting eingeleitet.
Trotz und alledem haben Berge nicht gewankt,
Mauern nicht gezittert, Sell und klar leuchtete
die Sonne am Firmament, kein roher Polzeigert,
kein Nichton störte die erhabene Veranstaltung.
Mit goldenen Lettern werden die auf dem inter-
nationalen Sozialisten- und Arbeiterkongress ge-
haltenen Reden in die Weltgeschichte eingeschrie-
ben sein, voranleuchtend dem Kulturfortschritt,
ein Menetekel allen profinitwütigen Kriegshekern
und Volksbedrückern.

Mögen die herrschenden Gewalten Vogel-
strauchpolitik treiben, mögen sie vorgeben, durch
den Kongress sich niemals umstimmen zu lassen,
um die Tatsache kommen sie nicht herum, daß
die sozialdemokratischen und die freigewerkschaft-
lich organisierten Arbeiter die beste Friedens-
bürgschaft sind. Während jetzt als Vorbereitung
zum Weihnachtsfest in den Schulen und Kirchen
das Wort vom „Frieden auf Erden und den
Menschen ein Wohlgefallen“ im Munde geführt
wird, werden Hunderttausende blühender Men-
schenleben dem Kriegsgotte geopfert. Priester
und Geistliche eifern zum Gelbesmüt an, unter
ihrem Segen wird ein Kreuzzug veranstaltet,
der Not, Hunger, Pestilenz und Barbarei im
Gefolge hat. Gleichsam ein Witz der Weltge-
schichte ist es, wenn man die Klassenbewußten
Arbeiter beschuldigt, sie zerstören Religion und
Familie, sie wollen enteignen und teilen. Wer
zerstört die Religion? Etwa diejenigen, die für
den Frieden manifestieren, deren Kampftruf
„Krieg dem Kriege!“ viele Millionen er-
greift und begeistert? Sind wir etwa die Fra-
milienzerstörer, weil wir Gegner jeder Gewalttat
sind? Werden auf unsere Anordnung täglich
Tausende und Abertausende erschlagen, zer-
stochen und zerstückelt? Rauben wir den Kin-
dern den Vater, der Frau den Gatten, greifen El-
tern den Ernährer? Türmen sich auf unseren
Bunisch Gefatomben von Menschenleibern, den
Geiern zum Fraß? Leiten wir Länder auf?
Verwandeln wir durch unsere Geschütze blühende
Ortschaften in elende Schuttbaufen? Fällt jahr-
zehntelange Kulturarbeit unseren Zielen und

Bestrebungen zum Opfer? Nein und abermals
nein! Das internationale Proletariat verab-
schiedet all die Kriegsgruel und Kriegserschei-
nungen. Das Bewußtsein, die Kriegsbeher und
ihre Zwecke gründlich erkannt zu haben, erstarkt
immer mehr im Volke. Die Kongressreden und
das einstimmig angenommene Manifest ebnen
die Wege zum Frieden und werden eine künstlich
angefeuerte Kriegsbegeisterung bald verlöschen
lassen. Die staatlichen Regierungen müssen da-
mit rechnen, daß die Völker nicht gewillt sind,
sich im Zeichen des Kreuzes wie eine Herde
Schafe abblachten zu lassen. Das Manifest
wird seinen Eindruck ebensowenig bei den Völ-
kern wie bei den Stellen verfehlen, wohin es
gerichtet ist. Die Stimme und das Gewissen
der Menschen sind durch den proletarischen Appell
geweckt, die Betätigung im Sinne des Mani-
festes ist die beste Schülerin der gefährdeten
Kulturarbeit. Die Arbeit des Kongresses hat
für das Proletariat eine weltgeschichtliche Be-
deutung, seine Erfolge kommen auch allen
Volksgenossen zugute. Der Kongress stand nicht
allein im Dienste der Völkerbefreiung, sondern
auch im Dienste der Völkerverhaltung. Das Ma-
nifest bildet gleichsam den Rahmen und läßt
allen Völkern die Freiheit, die Mittel anzuwen-
den, die am besten geeignet sind, den Ausbruch
eines Krieges zu verhindern und den gegenwär-
tigen Krieg auf seinen Herd zu beschränken.

Die einstimmige und begeisterte Annahme
des Manifestes ist die beste Bürgschaft der
Völkereolidarität, an der alle Kriegsgelüste ab-
prallen. Die eindrucksvolle kurze Tagung, die
einmütige Stellungnahme aller Delegationen
wird sicher dazu beitragen, daß alle Arbeiter
und Arbeiterinnen mit ganzer Seele und
ganzem Vermögen alles einsetzen werden, was
zur Sicherung des Weltfriedens und für die
Ausgestaltung unserer Zukunft notwendig ist.

Nachdem alle Tageszeitungen, je nach ihrer
politischen Stellung, über den internationalen
Kongress und das Volksmeeting in Basel, zu
dessen Teilnahme mehrere tausend Arbeiter aus
Boden, dem Elsaß und der Schweiz herbeigeleitet
waren, berichtet haben, werden unsere Kollegen
es entschuldigen, wenn wir davon absehen, die
Referate und die Diskussion hier wiederzugeben.
Ob ein Franzose, Deutscher, Italiener, Ungare
oder irgendein anderer der 550 Delegierten
gesprochen hat, alle waren sich einig, daß die
internationale Lage durch den augenblicklichen
Krieg außerst gefährdet ist und daß die Arbeiter
aller Länder berufen sind, mit allen verfügbaren
Kräften für die Sicherung des Friedens zu
wirken. Wessen Feder wäre wohl fähig, ein
nur annäherndes Stimmungsbild von der Be-
geisterung zu geben, die die einzelnen Reden
hervorgerufen haben. Wir beschränken uns da-
her auf die wortgetreue Wiedergabe des Mani-
festes und hoffen, daß auch unsere Kollegen in
diesem Sinne wirken.

Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage.

(Resolutionen am Basler Kongress am 21. bis 25. November 1912.)

Die Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgelegt:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büreaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Befreiung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen und gemeinsamen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben. Auf der einen Seite hat der allgemeine Mißmutswahn die Lebensmittelpreise verschärft und dadurch die Klassengegensätze zugespitzt und in die Arbeiterklasse eine unbewegbare Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem System von Benützung und Verschwendung eine Grenze setzen. Andererseits werden die unaufhörlich wiederkehrenden Kriegsdrohungen immer aufreizender. Die großen Völker Europas sind beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne daß diese Attentate gegen Menschlichkeit und Vermunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden könnten.

Die Balkankrise, die bereits bis heute so schreckliche Greuel herbeigeführt hat, würde, wenn sie weiter greift, die fürchterlichste Gefahr für die Zivilisation und das Proletariat sein. Sie wäre zugleich die größte Schandtat der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensatz zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringschätzung der ins Spiel kommenden Interessen.

Darum stellt der Kongress mit Genugtuung fest die vollständige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im Kampfe gegen den Krieg.

Indem die Proletarier aller Länder sich gleichzeitig zum Kampfe gegen den Imperialismus erhoben, jede Sektion der Internationale aber der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte und die öffentliche Meinung ihrer Nation gegen alle kriegerischen Gelüste mobilisierte, ergab sich eine grandiose Kooperation der Arbeiter aller Länder, die schon bisher sehr viel dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten. Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge eines Weltkrieges hat sich als eine wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.

Der Kongress fordert daher die sozialdemokratischen Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zweckmäßig erscheinenden Mitteln fortzusetzen. Er weist in dieser gemeinsamen Aktion jeder sozialistischen Partei ihre besondere Aufgabe zu.

Die sozialdemokratischen Parteien der Balkanhalbinsel haben eine schwierige Aufgabe. Die Großmächte Europas haben durch die systematische Hintertreibung aller Reformen dazu beigetragen, in der Türkei unerträgliche ökonomische, nationale und politische Zustände herbeizuführen, die notwendig zur Empörung und zum Kampfe führen mußten. Gegenüber der Ausbeutung dieser Zustände im Interesse der

Dynastien und Bourgeoisien haben die sozialdemokratischen Parteien des Balkans mit heroischem Mut die Forderung nach einer demokratischen Föderation erhoben. Der Kongress fordert sie auf, in ihrer bewundernswürdigen Haltung zu verharren; er erwartet, daß die Sozialdemokratie des Balkans nach dem Kriege alles daran setzen wird, zu verhindern, daß die mit so furchtbaren Opfern erkannten Ergebnisse des Balkankrieges von den Dynastien, vom Militarismus, von der expansionslüsternen Bourgeoisie der Balkanstaaten für ihre Zwecke mißbraucht werden. Insbesondere aber fordert der Kongress die Sozialisten am Balkan auf, sich nicht nur der Erneuerung der alten Feindschaften zwischen Serben, Bulgaren, Rumänen und Griechen, sondern auch jeder Vergewaltigung der gegenwärtig im anderen Kriegslager stehenden Balkanvölker, der Türken und der Albaner, zu widersetzen. Die Sozialisten des Balkans haben daher die Pflicht, jede Entrechtung dieser Völker zu bekämpfen und gegen den entfesselten nationalen Chauvinismus die Verbrüderung aller Balkanvölker, einschließlich der Albaner, der Türken und der Rumänen, zu proklamieren.

Die sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs, Ungarns, Kroatiens und Slawoniens, Bosniens und der Herzegowina haben die Pflicht, ihre wirkungsvolle Aktion gegen einen Angriff der Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzusetzen. Es ist ihre Aufgabe, sich wie bisher auch fürderhin dem Plane zu widersetzen, Serbien mit Waffengewalt der Ergebnisse des Krieges zu berauben, es in eine Kolonie Oesterreichs zu verwandeln, und um dynastischer Interessen willen die Völker Oesterreich-Ungarns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größten Gefahren zu verstricken. Ebenso werden die sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns auch in Zukunft darum kämpfen, daß den vom Hause Habsburg beherrschten Teilen des südslawischen Volkes innerhalb der Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie selbst das Recht auf demokratische Selbstregierung errungen werde.

Besondere Aufmerksamkeit haben die sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns ebenso wie die Sozialisten Italiens der albanischen Frage zuzuwenden. Der Kongress erkennt das Recht des albanischen Volkes auf Autonomie an. Er verwahrt sich aber dagegen, daß unter dem Deckmantel der Autonomie Albanien zum Opfer österreichisch-ungarischer und italienischer Herrschaftsgelüste werde. Darin erblickt der Kongress nicht nur eine Gefahr für Albanien selbst, sondern in nicht ferner Zeit auch eine Bedrohung des Friedens zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien. Nur als autonomes Glied einer demokratischen Balkanföderation kann Albanien ein wirklich selbständiges Leben führen. Der Kongress fordert daher die Sozialdemokraten Oesterreich-Ungarns und Italiens auf, jeden Versuch ihrer Regierungen, Albanien in ihre Einflusssphäre einzubeziehen, zu bekämpfen und ihre Bemühungen um die Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien fortzusetzen.

Mit großer Freude begrüßt der Kongress die Proteststreiks der russischen Arbeiter als eine Bürgschaft dafür, daß das Proletariat Rußlands und Polens sich zu erholen beginnt von den Schlägen, die die zarische Konterrevolution ihm verleiht hat. Darin erblickt der Kongress die stärkste Bürgschaft gegen die verbrecherischen Intrigen des Zarismus, der, nachdem er die Völker seines eigenen Landes blutig niedergeworfen, nachdem er die Balkanvölker unzählige Male verraten und ihren Feinden preisgegeben hat, nunmehr schwankt zwischen der Furcht vor den Folgen eines Krieges für ihn selbst und der Furcht vor dem Drängen einer nationalen Bewegung, die er selbst geschaffen hat. Wenn sich aber der Zarismus nunmehr wieder ansieht, sich als Befreier der Nationen des Balkans zu gebärden, so geschieht es nur, um unter diesem heuchlerischen Vorwande im blutigen Kriege die Vorherrschaft am Balkan wieder zu erobern. Der Kongress erwartet, daß das erstarkende städtische und ländliche Proletariat Rußlands, Finnlands und Polens dieses Ligengewebe zer-

reißt, sich jedem kriegerischen Abenteuer des Zarismus widersetzt, jeden Anschlag des Zarismus, sei es auf Armenien, sei es auf Konstantinopel, bekämpft, und seine ganze Kraft auf die Erneuerung des revolutionären Befreiungskampfes gegen den Zarismus konzentriert wird. Ist doch der Zarismus auch die Hoffnung aller reaktionären Mächte Europas, der grimmigste Feind der Demokratie der von ihm beherrschten Völker selbst, dessen Untergang herbeizuführen die gesamte Internationale als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen muß.

Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblicke ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Oesterreich-Ungarn als auch Rußland jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einmischung in die Balkanwirren enthalten und unbedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Jaufenstreites wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs können nicht anerkennen, daß irgendeine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen.

Sollte aber in weiterer Folge der militärische Zusammenbruch der Türkei zur Erschütterung der osmanischen Herrschaft in Vorderasien führen, dann ist es die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft der Eroberungspolitik in Vorderasien zu widersetzen, die gerade den Weg zum Weltkriege führen müßte. Als die größte Gefahr für den Frieden Europas betrachtet der Kongress die künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich. Der Kongress begrüßt daher die Bemühungen der Arbeiterklasse der beiden Länder, diesen Gegensatz zu überbrücken. Er betrachtet als das beste Mittel zu diesem Zwecke die Abschließung eines Uebereinkommens zwischen Deutschland und England über die Einstellung der Flottenrüstungen und über die Abschaffung des Seekontrollrechtes. Der Kongress fordert die Sozialisten Englands und Deutschlands auf, ihre Agitation für ein solches Uebereinkommen fortzusetzen.

Die Ueberwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite, würde die größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Machtstellung des Zarismus, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, einen Ueberfall Oesterreich-Ungarns auf Serbien unmöglich machen und der Welt den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.

Der Kongress stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale über diese Grundsätze der auswärtigen Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Massenelend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeiführt, durch kriegerische Aktionen noch zu verstärken. Er fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sie selbst den Krieg entfesseln können, sie mögen sich daran erinnern, daß der deutsch-französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune im Gefolge hatte, daß der russisch-japanische Krieg die revolutionären Kräfte der Völker des russischen Reiches in Bewegung gesetzt hat, daß die militärischen und maritimen Beistellungen den Klassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnsinn, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges die Entzündung und Empörung der Arbeiterklasse hervorrufen muß. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen, zum Vorteile des Profits der Kapitalisten, des

Ehrgeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge.

Wenn die Regierungsgewalten jede Möglichkeit der normalen Fortentwicklung abschneiden und dadurch das Proletariat zu verzweifeltten Schritten treiben sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch die herbeigeführten Krise zu tragen haben.

Die Internationale wird ihre Anstrengungen verdoppeln, um diese Krise zu verhindern, sie wird ihren Protest mit immer stärkerem Nachdruck erheben, ihre Propaganda immer energischer und umfassender gestalten. Der Kongress beauftragt darum das Internationale sozialistische Bureau, mit um so größerer Aufmerksamkeit die Ereignisse zu verfolgen und, was immer eintreten möge, die Verbindung zwischen den proletarischen Parteien aufrechtzuerhalten und zu verstärken.

Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblicke der Träger der ganzen Zukunft der Menschheit zu sein. Um die Vernichtung der Mütter aller Völker zu verhindern, die von allen Grenzen des Massenmordes, der Hungersnot und Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat all seine Energie aufwenden.

So wendet sich der Kongress an Euch, Proletarier und Sozialisten aller Länder, daß Ihr in dieser entscheidenden Stunde Eure Stimme vernahmen laßt! Verkündet Euren Willen in allen Formen und in allen Orten, erhebt Euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, vereinigt Euch in Massen zu großen Kundgebungen, nützt alle Mittel aus, die Euch die Organisation und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamem und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Brüderlichkeit der Völker entgegen!

Neue Fundierung der Sozialpolitik.

II.

Die Begriffe Konsumtion und Produktion betrachtet der Menschenökonom in einem anderen Lichte wie die heutige Wirtschaftswissenschaft. Konsumtion ist ein nicht unproduktiver Verbrauch, sondern in weitem Umfange Produktion von organischem und kulturellem Mehrwert. In der Schulzeit und Berufsvorbereitungsperiode werden die produktiven Kräfte selber produziert. Die Ruhe des Menschen ist produktive Restitution; statt in der mechanischen Werkstatt wird hier in der organischen Werkstatt gearbeitet, wird „organisch kapitalisiert“. Die Entwicklungsökonomie beleuchtet die Sparsamkeit von einer ganz anderen Seite wie dies sonst vielfach geschieht. Es ist daher äußerst zweifelhaft, ob die Ersparnisse des Arbeiters auch wirklich Ersparnisse sind. Geht ihm dadurch etwas in seiner Entwicklung ab, so ist die ökonomische Ersparnis ein organischer Schaden für ihn. Es wäre in solchen Fällen besser, wenn die Arbeiter auf Strafreferenzen anstatt auf Geldreserven bedacht wären. Die sich hieran anschließenden Erörterungen kann man in den Satz zusammenfassen: Wir treiben Raubbauwirtschaft, wir gehen nur auf eine scheinbare Wiederherstellung, nicht auf eine wirkliche Wiederherstellung der Lebenskraft aus.

In den gegenwärtigen Streit der Nationalökonomien, ob Werturteile in der Wirtschaftswissenschaft abgegeben werden dürfen oder nicht, ob der Forscher seine sittlichen Ideale ausschalten müsse oder nicht, ist es ganz besonders interessant, was Goldscheid in anderem Zusammenhang ausführt. Hören wir zu: „Weil wir heute noch keine wissenschaftlich fundierte Menschenökonomie und noch weniger wissenschaftlich fundierte Entwicklungsökonomie treiben, für die in der Entwicklungstheorie bereits der feste Unterbau gegeben ist, sehen wir alle die biologischen Postulate als unkontrollierbare ethische Forderungen an, und entbehren ebenso eines untrüglichen Maßstabes, an dessen Band exakt festgelegt werden könnte, wo die Ausnutzung aufhört und die Ausbeutung anfängt.“ Ausnutzung und Ausbeutung seien diametral

entgegengesetzte Erscheinungen. Vollkommene Ausnutzung bedeutet das Optimum der Defonktion, maximale Annäherung an die Produktivitätsgrenze, Ausbeutung sei dagegen der deutliche Ausdruck für ökonomischen Widerspruch, das heißt einen Zustand offenbaren, wo die angewandten Mittel sich in ihren Effekten gegenständig aufheben müßten, wo der Arbeitsaufwand, sobald man auch alle indirekten Wirkungen mit berücksichtige, den Nulleffekt übersteige. Das typische Schicksal der allermeisten menschlichen Arbeitskräfte weise darauf hin, daß das Tempo der Amortisation auch heute noch ein vergleichsweise sehr rasches ist, daß wir unsere Kulturleistungen nach wie vor mit einem relativ sehr hohen Menschenverbrauchs erkaufen. Die viel zu rasch vor sich gehende Amortisation der Arbeitskräfte löst nur einen sehr mangelhaften Aufbau zu, verhindert den Qualitätsnachwuchs und beschwert die Gesellschaft mit Mobilitäten des Zerfalls, denen wir gegenüber dann zur Einflußarbeit verurteilt sind.

Staat und Unternehmer beurteilen die Sozialpolitik falsch. Wie schon hervorgehoben wurde, gehören Sozialpolitik und Sozialhygiene nicht in das Kapitel Wohlfahrtspflege, sondern in das der Betriebsverbesserung. Der Arbeiterschutz soll nicht allein dem Versicherten zugute kommen, sondern auch der Allgemeinheit. Es sollte sich damit verhalten, wie werbendes Kapital im Vergleich zu solchem, das nur den ortsüblichen Zins erbringen soll. Nicht einen bestimmten Betrag sollte der Unternehmer leisten, sondern den vollen Ertrag für den Verbrauch der Arbeitskräfte. Die Höhe wäre exakt zu berechnen. Die wahre Produktivität der jeweiligen Volkswirtschaft könne erst genau ermittelt werden, wenn die schöpferische Beheftkraft der Bevölkerung ausreichend herangebildet und gewährelieft wird. Erst dann kann der Betrag ausgerechnet werden, den der Unternehmer entrichten kann. Der sozialpolitisch mangelhafte Staat sei so (genau genommen) ein Anachronismus, eine auf einer primitiven Entwicklungsstufe stehengebliebene Nischenorganisation, ein Ueberorganismus, der nicht nur über seine neuen Pflichten nicht Bescheid weiß, sondern auch seine neuen Rechte und ihre volle Ausnutzung nicht begriffen habe.

Dem Raubbau an der Volkswirtschaft sieht der Staat tatenlos zu, ja er läßt sich sogar gefallen, daß ihm die Kosten der Amortisation aufgebald werden (Kranke, Verarmte, Invaliden usw.). Er denkt nicht daran, mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes Buch zu führen, Kredit und Debet sorgfältig auseinanderzuhalten und die richtigen Abschreibungen vorzunehmen. In den Ländern der Hochkultur herrscht eine ausgezeichnete Sachamortisation, aber die Personalamortisation fehlt noch allenthalben. Welches nun auch immer die Unterschiede der Sach- und der Personalamortisation sein mögen, soviel stellt fest: Ein Gemeinwesen kann nur gedeihen und zu einer gesicherten Existenz gelangen, wenn es neben einer durchgebildeten Sachamortisation eine vollständige Personalamortisation betreibt.

Die Menschenökonomie definiert Goldscheid „als Methode der Söherziehung unter mannigfacher Ausschaltung des ökonomisch allzu primitiven Verfahrens der Natursauslese, die besonders dort eine wertvollen Reultate mehr liefern kann, wo die bis zur Fortpflanzungsreife Ueberlebenden nicht die verwindende Minorität bilden“. Die vergleichende Menschenökonomie hat zu berücksichtigen, wie die jeweilige Struktur eines Staates beschaffen ist, ob er aus einer Eroberer- und Besiegtenklasse zusammengesetzt ist, oder aus Personen, die relativ gleichgestellt sind; im Zeitalter der Sklavewirtschaft sind die Bedingungen für den Aufbau, Umfang und den Zerfall der Arbeitskräfte wieder anders. In der rein kapitalistischen Wirtschaft, wo die Abnutzung und Zerstörung des Menschenlebens nur ein moralischer Verlust für die Angehörigen, nicht aber ein ökonomischer Verlust für die privatwirtschaftlich geliebte Gesellschaft ist, da muß Menschenökonomie als das Ueberflüssige erscheinen, was man sich nur denken kann. Denn in ihr ist der Mensch wohl eine moralische Persönlichkeit aber

kein wirtschaftlicher Wert. In der kapitalistischen Wirtschaft ist jeder Mensch Weiter eines wirtschaftlichen Wertes, nämlich seiner Arbeitskraft, aber er selbst ist kein wirtschaftlicher Wert: wird seine Arbeitskraft nicht gebraucht oder bündet er dieselbe ein, dann zählt er wie Wasser und Luft zu den im Ueberfluß vorhandenen Gütern, die aufgebort haben, im wirtschaftlichen Budget noch eine Rolle zu spielen. Es sei das unterirdische Verdienst von Marx, daß er uns den Proletarier als Warenverkäufer (als Verkäufer seiner Arbeitskraft) erkennen gelehrt habe. Zudem nun dem Menschen, der nicht sein eigen nennen kann als seine Arbeitskraft, innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaft jeder ökonomische Wert fehle, sobald seine Arbeit nicht gebraucht werde, sei er angesichts der Schwankungen der Konjunktur ein intermittierender Wirtschaftswert. Schon dadurch unterscheiden sich also die Stellung des Menschen in der Entwicklungsökonomie von der Stellung des Menschen in der kapitalistischen Konsumtionsökonomie, daß er in der erstere ein permanenter (perennierender — durchdauernd, ausdauernd), in der letzten bloß ein intermittierender (intermittieren — zeitweilig ausbleiben) Wirtschaftswert sei.

An die vergleichenden Beobachtungen reihen sich sanitäre und rechtliche. Am äußersten Grade bedauerlich ist, daß wir trotz des hohen Standes der Medizin meist das leisten, was wir wirklich leisten könnten. Mit einem Wort, wir scheuen die Kosten einer durchgreifenden Volksgesundung. Die organischen Uebel und deren Folgen sind aber so groß, daß uns „kein Kapital der Erde, auch der größte Reichtum, den uns der Fortschritt der Technik noch schaffen wird“, sie zu beseitigen imstande sind, wenn es so weiter geht.

Interpretation anstatt Abwehr.

Die Veröffentlichung der päpstlichen Enzyklika war den Hauptlingen im christlichen Lager äußerst unangenehm und mit Recht fürchteten sie eine Revolution im eigenen Lager, wenn sie jeden Vorstand und jede Verbandszeitung unbehindert das reden und schreiben lassen, was gelegentlich der römischen Annäherung hätte gesagt werden müssen. „Zeit gewonnen, alles gewonnen“, sagten die Herren vom Generatrat in Köln, setzten sich auf den Hofenboden und erlebten ein Schmeißgebot an alle Zeitungen der ihnen angeschlossenen Organisationen. „Gehorsam ist des Christen Pflicht“. Außer einer allgemeinen, unbedeutenden, gleichlautenden Erklärung war im christlichen Vaterlande nichts zu vernehmen. Aber hinter den Kulissen wurde lauter gewühlt. In der Voraussetzung, daß die wenigsten den päpstlichen Erlass und das bischöfliche Rundschreiben gelesen, noch weniger verstanden haben, mühten sich Daaripastor und Silbenstecher ab, um im Schweiße ihres Angesichts die Enzyklika zu interpretieren, trotzdem ihr Inhalt eine Interpretation, im christlich-gemeinschaftlich günstigen Sinne, gar nicht zuläßt. Doch bei den München-Bladbacher Baplingen ist kein Ding unmöglich, lautet doch ihr Wahrspruch: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Die Herren in Köln waren also froh, daß der Bischof Schulte aus Paderborn ihnen den Weg zeigte, wie sie aus der Klemme kommen. Erneut wurde das in Dresden geprägte Schlagwort: „Wir bleiben, was wir sind“, in die Welt hinausposaunt. Doch wer da glaubt, hinter dieser hochtönenden Willensäußerung stecke eine Zurückweisung aller Eingriffe in die Selbständigkeit der christlichen Organisationen und Ablehnung jeder kirchlichen Bevormundung in wirtschaftlichen Kämpfen, hat sich schwer geirrt. Die christlichen Gewerkschaften werden nach wie vor bleiben was sie waren, Organisationen, die Schritt für Schritt von den Ansprüchen der römischen Kirche zurückgewichen sind, die deren Forderungen saunt und besonders bewilligt und in Demut ihr Haupt vor der kirchlichen Autorität gebeugt hatten; die bei Papst und Bischöfen mit den katholischen Sachabteilungen um die Welt betteln gegangen waren, um den Ausweis guter kirchentreuer Gesinnung zu bringen; die ausjubelten, wenn Seine Heiligkeit ihnen ein freundschaftliches Hingeben Wort spendete und die schmerzvoll über Verkennung und Verleumdung klagen, wenn der Heilige Vater in Rom ein Wort des Unmutes über seine katholischen Söhne in den christlichen Gewerkschaften verlaunten ließ. Das war in Wirklichkeit das Wesen der schwarzgelben Organisationen, die außerdem noch durch ihr Verhalten beim letzten Bergarbeiterausstand auch praktisch bewiesen hatten, wie willig sie den „sozialen“ Forderungen der Kirche und aller arbeitereindlichen Mächte zu genügen bereit waren. Und wenn sie nun durch ihre Führer verkünden ließen, daß sie bleiben wollten,

was sie waren — dann möchte das für ein gedankenarmes Gesofas sehr herausfordernd klingen, für den Mundigen war es, wenn es mehr als eine Strafe sein sollte, das Verständnis, daß man der Kirche gegenüber im Sinne der Unabhängigkeit stehen bleiben und auch im Zukunft einer hohen Mexici ergebener Diener sein werde. Diese Ansicht über das Wesen der christlichen Gewerkschaften wird noch durch den außerordentlichen christlichen Gewerkschaftskongress am 26. November in Essen bekräftigt, auf dem nach dem Bericht des christlichen Reichsbotsen der Führer der christlichen Gewerkschaften, Herr Wiesberts, sagte:

Wenn es uns lediglich darauf angekommen wäre, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, dann hätten wir zur Sozialdemokratie gehen können.

Nach dem Gesichtswinkel dieses Ausspruchs eines Führers der christlichen Gewerkschaften ist der ganze Kongress zu bewerten. Denn heute noch gilt bei den Christlichen, was Weihbischof Dr. Schmitz im Jahre 1894 in seiner Rede gelegentlich der Gründung des Bergarbeiterverbandes sagte: „Der Gewerksverein solle eine Organisation gegen die Sozialdemokratie sein, nicht gegen die Unternehmer.“

Der von 250 Delegierten besuchte Kongress erledigte in vierhündigen Verhandlungen seine bedeutende Tagung. Den Hauptbericht erstattete Sekretär Stegerwald. Er sagte zur Engzylita selbst, sie verfolge den irdischen Zweck, den man schon seit 12 Jahren andauernden Streit im katholischen Lager über christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen zu beenden und teilte eine neue Interpretation der in Juda verammelt gewordenen Bischöfe mit, eine Interpretation, die auf Anregung des Bischofs Dr. Schulze in Paderborn zustande gekommen sei und die Bedenken gegen gewisse Stellen der Engzylita wegräume, in denen man eine äußerste Erschwerung, wenn nicht Unmöglichkeit der Betätigung der christlichen Gewerkschaften erblickt habe. Diese Interpretation lautet:

1. in dem Satz: „Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über Lohnabgaben, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können.“ ist die letztere Wendung nicht so zu verstehen, als ob die kirchliche Obrigkeit beanspruche, mit der praktischen Erledigung solcher Fragen in den einzelnen Fällen irgendwie befaßt zu werden. Die Wendung besagt vielmehr, daß die Kirche das Recht und die Pflicht habe, zu derartigen Streitfragen, inwieweit sie das Sittengesetz berühren, auch ihrerseits Stellung zu nehmen und durch Hinweis auf die richtigen Grundsätze, die in Betracht kommen, den Gläubigen vor fittlich religiösen Schäden zu bewahren.

2. Der Satz: „Hieraus folgt, daß derartige sogenannte Konfessionell-katholische Vereinigungen sicherlich in katholischen Gegenden und außerdem in allen anderen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen“, bezieht überall dort als eine Vorchrift des apostolischen Stuhls zu Recht, wo nicht die für Deutschland begünstig der christlichen Gewerkschaften gemäß den Wünschen der Bischöfe vorgesehene Ausnahmebestimmung zutrifft. Eine Aufstellung der deutschen Diözesen, deren Bischöfe für ihr ganzes Diözesangebiet im Zustande der christlichen Gewerkschaften gebeten haben, in solche Gebiete, wo das Feld der Berliner Richtung sein soll, und in andere Gebiete, wo christliche Gewerkschaften existieren dürfen, ist in der Engzylita durchaus nicht angeordnet worden. Eine solche Aufstellung des Diözesangebietes brächte, was der Heilige Vater gerade verhindern will, erst recht Wirrwarr und Unfrieden.

3. Die Mahnung des Heiligen Vaters an die Bischöfe, „sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Nachteil erwächst“, erklärt sich in ihrem letzten Teil von selbst und in ihrem ersten Teil aus dem vorhergehenden Satz, an dem sie mit dem Wort „dorum“ angeschlossen ist. Es wird niemand den Bischöfen das Recht beizulegen können, sich zu orientieren über irgendwelche Organisationen, also auch über die hier in Rede stehenden christlichen Gewerkschaften grundsätzlich oder tatsächlich zur Kirche oder kirchlichen Lehre in Gegensatz treten. Die Beobachtungspflicht der Bischöfe bezieht sich nicht auf die wirtschaftliche Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften, sondern darauf, ob den katholischen Arbeitern aus der Mitgliedschaft kein fittlich religiöser Schaden erwächst.

4. Bei dem Satz: „Sollte unter ihnen noch irgendeine Schwierigkeit entstehen, so ist zu deren Lösung der gewiesene Weg folgender: Sie sollen sich an ihre Bischöfe um Rat wenden und diese

wenden die Sache an den apostolischen Stuhl berichten, von welchem sie entschieden wird“, ist nicht gemeint, daß gewerkschaftliche Schwierigkeiten von den Bischöfen dem Heiligen Vater zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Es handelt sich vielmehr, wie aus dem Vorhergehenden sich ergibt, lediglich um die päpstliche Mahnung an die deutschen Katholiken, fortan bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten auf dem richtigen Instanzwege zu bleiben und die Bekämpfung untereinander einzustellen. Es ist fraglos das Recht der Katholiken, in ihren Gewissensangelegenheiten den Rat bezw. die Entscheidung ihrer kirchlichen Oberen einzuholen.

5. Die Wendung im vorletzten Abschnitt der Engzylita: „Wo in Anbetracht der Ortsverhältnisse die kirchliche Obrigkeit es für gut befunden hat, solche Gewerkschaften unter gewissen Vorbehaltregeln zuzulassen“, bedeutet keine Einschränkung gegenüber der generellen Fassung, in der im Abschnitt „In dieser Hinsicht“ die Zulässigkeit der christlichen Gewerkschaften für die deutschen Diözesen erklärt worden ist.“

Stegerwald erklärte noch, daß er von dem Kardinal Knopp und dem Bischof Dr. Schulze ermächtigt worden sei, dem Kongress mitzuteilen, daß diese neue Interpretation die Auffassung der Fuldaer Bischofskonferenz wiedergebe.

Dies scheint doch nicht ganz zu stimmen. Denn kaum ist die Essener Interpretationskommission zu Ende, sehen einige Kirchenfürsten doch darin eine Gefahr für die päpstliche Autorität und den allein schlagmachenden Kirchenglauben. In seiner Ausgabe vom 1. bis 2. Dezember brachte nämlich das Zentrumsorgan, das „Neue Münchener Tagblatt“ unter der Spitzmarke: „Der Nuntius über die Engzylita“ folgende Notiz:

München, 30. November. Der hiesige Apostolische Nuntius hat sich heute zu einem Vertreter der katholischen Presse, der ihn über die verschiedenen Interpretationen der Engzylita über die Arbeiterorganisationen und die noch andauernde Polemik in katholischen Presseorganen befragte, mit aller Bestimmtheit folgenbermaßen geäußert:

„Der hl. Vater hat sich über die Arbeiterorganisationen in der Engzylita „Singulari quadam...“ deutlich ausgesprochen und wünscht sehr, daß die deutschen Katholiken die in derselben aufgestellten Normen treu beobachten und sich jedweden nicht-autorisierten Kommentars sowie jedweder weiteren öffentlichen Polemik enthalten.“

Es bleibt also dabei, was wir bereits in unserem Artikel „Die päpstliche Engzylita“ gesagt haben. Die christlichen Gewerkschaften stehen am Scheidewege. Rom läßt nicht locker.

Im Laufe der Zeit werden wir noch oft Gelegenheit haben, auf die Engzylita und ihre Interpretation zurückzukommen, wenn auch die Resolution des christlichen Kongresses sagt: Den grundsätzlichen Teil des päpstlichen Schreibens zu erörtern, ist nicht Sache der Gewerkschaften. Mit dieser Entscheidung will man die christlichen Gewerkschaftsmitglieder zum Schweigen zwingen und ihnen die wahre Bedeutung der Engzylita vorenthalten.

Daß, je mehr ist, als wie die Zentrumspresse zugeben möchte, beweist uns, daß die Reichsregierung über die Gewerkschaftsengzylita doch allmählich etwas ernster zu denken scheint als man nach ihrem bisherigen Schweigen annehmen durfte. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfahren haben will, hat der Kaiser am 27. November einen bekannten Führer des Reichstagszentrums zu sich gebeten und ihm „mit voller Bestimmtheit“ erklärt, „daß die jüngste päpstliche Engzylita über die Arbeiterorganisationen das Letzte sei, was sich die preussische Regierung von der Kurie an Eingriffen in die Rechte des Staates und in die Selbständigkeit der nichtkonfessionellen Arbeiter- und sonstigen Verbände habe bieten lassen. Sollte wieder derartiges vorkommen, werde sie unbedingt die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan einstellen.“

Das Organ der christlich organisierten Lederarbeiter hat es nicht für nötig befunden, die Engzylita ihren Lesern im Abdruck vorzulegen. Anscheinend hält die schwarze Gewerkschaftspresse es für ratsamer, wenn die christlichen Mitglieder die Interpretationskürnisse genießen, ohne zu wissen, warum sich der Streit dreht.

Die freien Gewerkschaften werden es sich daher zur Aufgabe machen, auch die katholischen Arbeitsgenossen von dem Werte der Selbständigkeit aller Gewerkschaften zu überzeugen und ihnen den Nachweis zu liefern, daß es Verrat an ihren eigenen Interessen ist, wenn sie sich über ihre Zugehörigkeit zur Gewerkschaft Vorurteilen machen und bei ihren Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lage die Hände binden lassen sollen. Wo die gleichen wirtschaftlichen Interessen vorliegen, muß auch der wirtschaftliche Kampf gemeinschaftlich von allen in Betracht kommenden Arbeitern geführt werden.

Kulturbilder.

Bei den letztgepflegenen Feiernungsdebatten im Reichstage und von Kapitalistität geleiteten Zeitungsunternehmungen wurde den Arbeitern sehr oft der Vorwurf gemacht, sie verständen nicht mit ihrem verdienten Gelde zu rechnen, die Arbeiterinnen können weder wirtschaftlich noch kochen, sie wollen aus purer Bequemlichkeit nur Praten auf den Tisch bringen. Die Not des Volkes ist nur für diejenigen vorhanden, die das Verlangen der Heinen Leute nach „Kotelettes so groß wie die Kofettbedel“ für berechtigt hielten. Sagte doch jüngst der reichsparteiliche Abgeordnete Löfcher: „Nur Arbeitern, die ihr Geld für Methylasskohol ausgeben, geht es schlecht.“ Um solchen Unsinns ins rechte Licht zu rücken, erscheint es angebracht, von Zeit zu Zeit aus unserer Sammelmappe einige Kulturbilder zu veröffentlichen.

Königliche Kabinette.

Die „Atheinisch-Weisfälische Zeitung“ gab nach der Zeitschrift „Nochluft und Tafelwesen“ den genaueren Nachdruck der Speisensolge bei der Taufe des jüngsten Hohenzollern-Prinzen. Sie lautet wörtlich wie folgt:

Diner
le 28 janvier 1912
Consommé Souveraine
Sherry.

Homards Victoria.
1893er Marobrunner Cabinet.
Selle d'agneau de lait.
1878er Mouton Rothschild.
Cailles Souwaroff.
1904er Heidsieck u. Co.
Mandarines glacés.
Alter Tokayer.
Fruits.
Dessert.

Das Organ der rheinisch-weisfälischen Industrie-fürten findet an dieser Speisensorte nur auszusprechen, daß sie nicht in deutscher Sprache aufgesetzt ist.

Hundfleisch als Nahrungsmittel.

Die gegenwärtige Fleischsteuerung zwingt die Vermijten der Armen, zum Hundfleisch zu greifen, wenn sie nicht überhaupt auf den Fleischgenuß verzichten wollen. Im „Volksblatt für Halle“ erschien folgende Anzeige:

Neu! Neu!
Erste Hundeschlächterei in Halle a. d. S.
Gerberstr. 10.

Donnerstag, den 31. d. M.: Eröffnung.

Prima ff. Hundfleisch, a Pfund 40 Pf.
(Tierärztlich untersucht.) Jeden Tag frisch ausgebratenes, reines Hundfleisch, a Pfund 1 Mk. Lieferung bei 5 Pfd. Fleisch frei Haus.

Diese Anzeige ist wahrlich ein bereites Zeugnis für die Not der Zeit. Nicht deshalb, weil sie zeigt, daß man überhaupt Hundfleisch isst; es gab wohl immer arme Leute, die in ihrer Not zum Hundfleisch griffen. Im sächsischen Erzgebirge ist das Hundfleisch als Nahrungsmittel gar nicht so unbekannt, auch in den schlesischen Weiderorten wird viel Hundfleisch gefressen. Aber sonst blieb der Genuß dieses Fleisches mehr eine Sache des Zufalls. Wenn man gerade einmal einen fetten Kopf kriegen konnte, dann wurde er „abgedämpft“, wie die Hundeschlächter sagen, indem man ihn „durch die Leiter guden ließ“. Jetzt aber wird die Hundeschlächterei zu einem regelrechten Geschäft! Die Tiere werden in einer Ordnung dem Schlachthof zugeführt und dort untersucht und „für den Genuß freigegeben“.

Eine Million Einkommen pro Tag.

Die „B. Z. am Mittag“ veröffentlichte folgende Korrespondenz aus New York:

Die vom „Höchsten Gerichtshof“ dekretierte Auflösung der Standard Oil Company von New Jersey gewährt zum erstenmal die Möglichkeit, einen Teil des Rockefeller'schen Reichtumsvermögens auf Heller und Pfennig zu berechnen. Nach dem Ausweis einer Ballfreel-Firma besitzt John D. Rockefeller 244 419 Aktien der New Jersey-Gesellschaft, während sich 322 000 Aktien auf zwei Dubend weitere Aktionäre verteilen, unter denen sich die bekanntesten Namen der amerikanischen Hochfinanz befinden. Die 244 419 Aktien Rockefeller's sind mit rund 220 Millionen Dollars oder 920 Millionen Mark bewertet und werfen jährlich 180 Millionen Mark Dividende ab. Von den Aktien der „Standard Oil Co. of Indiana“ besitzt J. D. Rockefeller 74 460 Stück, die annähernd 100 Millionen Mark wert sind und 18 Millionen Dividende abwerfen. Bei allen Tochtergründungen der Standard Oil Co. ist J. D. Rockefeller der Hauptaktionär. Sein in der Standard Oil Company investiertes Vermögen dürfte also mit einer runden Milliarde Mark kaum zu hoch veranschlagt sein. Die Anteile der übrigen Mitglieder der Familie Rockefeller, insbesondere des einzigen Sohnes und des Bruders des Petroleumkönigs, sind

darin nicht mit einbezogen. Wenn man bedenkt, daß John D. Rockefeller noch Dutzende von Banken, Eisenbahngesellschaften und industrielle Unternehmungen kontrolliert, so wird man zugeben müssen, daß kein Mann der Welt zu sein, und ganz ungerechtfertigt ist. Rockefellers Gesamtvermögen dürfte eine Million Mark pro Tag erreichen.

Die Anklage eines Ministers.

Der englische Schatzsekretär Lloyd George legte im Oktober 1910 in der christlich-liberalen Liga in London ein Referat ab, das nicht nur die englischen, sondern ebenso und mehr noch deutsche Zustände kennzeichnet:

„Ich habe in meinem Leben sehr viel Glend gesehen und sehr viel über Glend gelesen. Jedoch, ich glaube, ich habe von keiner Schärfe nie die richtige Vorstellung gehabt; die gewann ich erst, als ich an die Ausführung des Gesetzes über die Alterspensionen herantrat. Da sah ich erst, welche erschreckende Masse ehrlicher, unabhängiger, stolzer Armut es unter uns gibt! Da gibt es, wenige Schritte von diesem Saal entfernt, Hütten, in denen arme Frauen, alt und müde, nach einem ehrenwerten, arbeitsamen Leben von mehr als siebenzig Jahren, immer noch tagsüber von frühen Morgen bis zum späten Abend am Werke sind, um ein erbärmliches Bettelgeld zu verdienen, das sie zwar gerade vor dem Verhungern schützt, aber sie niemals von Not und Mangel befreit. Jedes bis sieben Schilling verdienen diese alten Frauen mit ihrer Nadelarbeit an Webdrehern, deren Trägerinnen in einer Stunde des Mühsigganges und des Lebermutes mehr verschleandern mögen, als dieses Stundewort in drei Jahren harter Arbeit verdienen kann!

Ich könnte Ihnen noch viel mehr erzählen, um zu zeigen, daß eine ungeheure Volksmasse hier, in diesem reichsten Lande der Welt, ein Leben der Armut führt, das stets an der Grenze der Not und der Verzweiflung dahinschwimmt. Und ich habe es auch schon ausgesprochen, daß dieser Zustand der Dinge nicht auf dieses Land beschränkt ist. Im Gegenteil, die hohen Lebensmittelpreise, verursacht durch Beherrschung aller Lebensnotwendigkeiten, machen die Dinge in den Ländern des europäischen Kontinents noch schlimmer.

Ich habe in den letzten zwei Jahren als Finanzminister Gelegenheit gehabt, in die Verhältnisse der Erbsteuerung von nächster Nähe Einblick zu nehmen. Und ich habe dabei gefunden, daß von insgesamt 420 000 Erwachsenen, die jährlich sterben, fünf Sechstel nichts besitzen, was auch nur eine staatliche Aufnahme verlohnt. Ein paar alte billige Kleider, vielleicht ein bißchen Hausrat, das ist alles! Mehr als 300 Millionen Pfund — sechs Milliarden Mark — wechseln jährlich durch Tod ihren Besitzer, und die Hälfte davon entfällt auf ungefähr 2000 Personen! Haben nun etwa die 350 000 Personen, die in Armut sterben, ein Leben des Mühsigganges, der Verschwendung und Ausschweifung geführt? Und haben die 2000, die an drei Milliarden Mark besitzen, ein Leben der Armut und Sparfamkeit hinter sich? Jedermann weiß, daß dem nicht so ist! Aus solchen Tatsachen erklärt sich jene Bewegung der Unzufriedenheit, die das Zeichen einer organischen Erkrankung des ganzen Systems ist.“

Ans der Welt, in der man sich amüsiert.

Die „Woffische Zeitung“ vom 28. Januar 1912 enthält das folgende auffällige gedruckte Inserat:

„Für Anfang März suche ich für 10 Tage eine unmobilierte Villa oder zwei große unbewohnte Wohnungen in einem Hause, entweder im Vorort oder Kiergartenviertel, zur Abhaltung eines großen, zwei Tage dauernden Privatballes.“

Also eine fidele Nacht genügt nicht mehr. Es müssen, um die Herren bis zur Erschlaffung zu peitschen, gleich zwei Tage und zwei Nächte sein.

Weihnachtsbitter.

Das „Henneberger Kreisblatt“ veröffentlicht folgenden Notzettel:

„Wer hat in der schönen Weihnachtszeit eine Gabe übrig für ein alleinlebendes sehr altes Ehepaar in Baldau, das im vergangenen Jahre die goldene Hochzeit feierte? Der Ehemann ist auf einem Auge blind, auf dem anderen lebend, infolge Überanstrengung und Erfüllung beim Steinmetzen seit vielen Wochen krank. Die Ehefrau ist schon jahrelang erwerbsunfähig. Kein Acker, keine Ziege ist vorhanden! Wenn von 144 Mk. jährlicher Invalidentrente Miete, Holz, Nahrung, Kleidung bestritten werden soll, heißt es bei der Familie oft: sie hat kein Holz, sie hat kein Brot und klagt dem lieben Gott ihre Not. Selber verdienen sich einen Gotteslohn.“

Gefindel.

Das englische Blatt „Daily Citizen“ hat kürzlich über die Gründung eines neuen Klubs des Highlife im Londoner Westend berichtet, dessen Ausstattung nicht weniger als 300 000 Mk. kostete. Es braucht nicht gesagt werden, daß dieser Zusammenkunftsort

der „besten Kreise“ mit allem erdenklichen Luxus ausgestattet war. Aber er brachte auch etwas Criginales, nämlich eine Hundegarde eines prächtigen Saal, wo die Hündlein der Klubmitglieder, mit feinen Stoffen und Herraten bedeckt, von einem ganzen Stabe von Bedienten und Wärterinnen mit den feinsten Lederbüßen traktiert werden. Der „Daily Citizen“ machte ein paar treffende Bemerkungen über dieses empörende Treiben der nichtsnutzigen Gesellschaft und stellte der blödsinnigen Verhöhnung von Tieren das Schicksal von Millionen von Arbeitern und ihrer hilflosen Kinder gegenüber. Das gefiel einem Herrn Matthews, wohl einem dieser edlen Tierfreunde, nicht. Er sandte an den „Daily Citizen“ das folgende Schreiben: „Wenn Herr, Schade, daß Sie und andere Schwäger Ihres Malverses sich nicht um die eigenen Angelegenheiten kümmern, anstatt jene zu verurteilen, die ihre Hunde aus Dank für ihre Zuneigung und Hingebung freundlich behandeln. Sie brauchen doch nicht für den „Hundeklub“ zu bezahlen, also, warum sünden Sie nicht einen anderen Gegenstand, über den Sie schwätzen und toben können? Und da Ihnen an den schmutzigen Arbeiterjahren (slum kids) so viel gelegen ist, so nehmen Sie doch ein oder zwei Tugend in Ihr Haus und sehen, wie sie Ihnen gefallen. Ich würde Ihnen aber raten, Sie erit ordentlich reinigen zu lassen, da sie nicht von Natur hübsch und sauber sind wie Hunde.“ — Nicht oft wird den Gefühlen vieler Mitglieder der „Besten Kreise“ so offenherzig Ausdruck verliehen. Und doch ein Gefindel macht sich an, von Moral und guten Sitten zu reden.

Der Diebstahl beim Abbecker.

Geriichtsverhandlung vor der Strafkammer in Gießen. Angeklagt sind der Arbeiter Tomczak, seine Frau und seine noch minderjährige Tochter sowie eine Frau Symanski aus Schöffeln im Kreise Gießen. Die Angeklagten sind beschuldigt, innerhalb der letzten 15 Monate bei dem Abbecker Gierwinckel in Schöffeln regelmäßig jede Woche Pferde, Gesel- und Hundesleder entwendet zu haben. Wohlgeachtet gingen die Quagener nicht etwa bei einem Fleischer nach, sondern begnügten sich mit dem Fleisch des Abbeckers. Die Frau Tomczak räumte unumwunden ein, jede Woche dreimal sich das Fleisch aus der Abbeckererei gestohlen zu haben. Und das Gericht? Es sah nicht die würdige Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung, die in dem Diebstahl des Abbeckerfleisches bestand, jenes Fleisches, das aus Gesundheitsrückgründen verbotlich oder verboten werden sollte, und das die Kermiten sich holten, um nur nicht zu verhungern; das Gericht sah allein das Vergehen gegen die Eigentumsordnung und verurteilte die Angeklagten zu fast drei Jahren Gefängnis. Der Arbeiter Tomczak erhielt, wie wir dem „Vormärts“ vom 30. September 1912 entnehmen, ein Jahr drei Monate, seine Frau ein Jahr sechs Monate und die Frau Symanski zwei Wochen Gefängnis. Das Mädchen wurde freigesprochen. Und so geschah in der Zeit der Fleischnot in Wesen.

Pferde im Seebad.

Zu der Berliner „Sportwelt“ lesen wir: „Aus Citende schreibt uns unser belgischer Korrespondent: Die Dinschbergerden Kandidaten für Hamburg und Bremen steigen in den letzten Tagen von ihrem Kothurn herab. Nachdem Monthon, der sich von seinem köhler Doppelpferde nicht so bald, wie erwartet, hat erholen können, und Coram Populo, welcher hart angegriffen aus der Grand Steeple Chase de Bruxelles zurückkam, schon seit Wochen hier Kräftigung in härtesten Seebädern suchen, hat man nun auch bei Cuatramas erstem Versuch in einem erneuten Dandicap — im Prix de l'Escaut in Stokel — einsehen müssen, daß er zum Tragen eines größeren Gewichtes doch noch nicht fähig ist, indem er erst neun Längen hinter dem fünfjährigen Wildfowler-Sohn Abattis des Chev. van den Branden einkam, von welchem er drei kilo erhielt und sich auch noch vor dem sechsjährigen Ny Uncle mit fünf Längen beugen mußte.“

Was den Pferden recht ist, ist noch lange nicht den Arbeitern billig, so verlangt es die vielgepriesene kapitalistische Weltordnung. Denn Menschenperde kosten Geld, Arbeitslose liegen genug auf der Straße, und wenn sie verbracht sind, ist kostenloser Ersatz vorhanden.

Das Ausgabenbudget eines Millionärs.

Eine englische Zeitschrift bringt eine Aufstellung der jährlichen Ausgaben eines bekannten amerikanischen Millionärs — gemeint ist offenbar Vanderbilt — der, so fügt das Blatt hinzu, sein Geld auf wirklich vornehme Art unter die Leute bringt. Sein Budget umfaßt: Haushalt 68 000 Mk., Unterhaltung armer Verwandter 9000 Mk., Landhaus, 30 Diener, 28 Gärtner 200 000 Mk., Ausgaben für zwei erwachsene Söhne und zwei heiratsfähige Töchter 100 000 Mk., Pferde 60 000 Mk., Getränke 25 000 Mk., Reisen, Zerstreungen 60 000 Mk., Dampfboot 130 000 Mk., Kleidung 3000 Mk., Zigaretten

10 000 Mk., Almoosen, Spielverluste usw. 150 000 Mk., im ganzen 845 000 Mk. Auffallend sind die geringen Ausgaben für Kleidung im Vergleich zu denjenigen für den Haushalt. Und was bedeuten 800 000 Mk. für jemanden, der 6 Millionen zu vergebren hat.

Unser Verband am Schlusse des 3. Quartals 1912.

Nach der uns vorliegenden Abrechnung zählte unser Verband am Schlusse des 3. Quartals 13131 männliche und 1062 weibliche Mitglieder, gegen den gleichen Zeitpunkt des Vorjahres ein Mehr von 583 männlichen und 96 weiblichen Mitgliedern. An Eintrittsgeldern und Beiträgen gingen 88 240 Mk., im Vorjahre 85 069 Mk., ein. Die Einnahmen aus Vokal- und Ertraktbeiträgen liegen von 15 196 Mk. im Vorjahre auf 17 536 Mk. in diesem Jahre. An Unterstützungen wurden insgesamt 44 763,65 Mk. veranspacht, und zwar:

	Zentralkasse	Vokalasse
Reiseunterstützung	1 625,95	172,89
Arbeitslosenunterstützung	7 279,--	3 014,05
Krankentunterstützung	13 318,--	1 408,40
Verdigungsbeiträge	1 535,--	—
Streikunterstützung	10 703,53	1 925,55
Mahregelungsunterstützung	815,28	482,--
Umzugsunterstützung	971,30	—
Vokallunterstützung	130,--	125,--
Rechtschutz	251,10	—
Sonstige Unterstüzungen	—	105,50
	38 620,66	8 133,99

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Lohnbewegung bei den Firmen Gustav und Emil Steinweg, Militärreife- und Lederwarenfabrik in Breslau, ist mit einem beachtenswerten Erfolg abgelaufen. Vorauszusehen ist, daß es sich hier um zwei vollständig getrennte Betriebe handelt, die nur in einem Grundstüdt gemeinsam ihre Fabrikate herstellen. Wie bereits aus dem Versammlungsbericht aus letzter Nummer zu ersehen ist, handelt es sich in der Hauptsache um eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine dementsprechende Erhöhung der Allordidöhne sowie eine Neuregelung aller Arbeitsverhältnisse. Die Militärreife der Firma Gustav Steinweg stellen nur wenige Forderungen, da die Firma seit Jahren die Stücklohnabelle des allgemeinen Militärreifeartiklers einhält und nur eine andere Methode bezuglich der Vorarbeiten usw. Durch Verhandlungen mit dem Gewerkschaft und einer Kommission wurde die Arbeitszeit von 50 auf 56 Stunden verkürzt. In übrigen wurde der preußische Tarif ausschließlich der 53stündigen Arbeitszeit in voller Form anerkannt. Das außerordentlich höfliche und zuvorkommende Wesen des Firmeninhabers gegen den Verbandsvertreter mag hier seine Würdigung finden. Nicht ganz in solch erfolgreichem Sinne verliefen die Verhandlungen mit Herrn Emil Steinweg. Die Arbeitszeit wurde hier ebenfalls um drei Stunden verkürzt und der eingetrigte Allfordidöhntarif im wesentlichen angenommen. Für einige Juristen und Vorarbeiter war es vorläufig nicht möglich, Zugeständnisse betreffs Verkürzung der Arbeitszeit zu erhalten, desgleichen ließ sich die Firma auf kein vertragliches Verhältnis binden. Nicht ganz mit Unrecht wurde auf die Zustände und Konkurrenz der Firma Arnade und Kener, Gärlich, gesehen. —

Eine gut besuchte Versammlung der circa 40 Beschäftigten nahm die Verhandlungsergebnisse des Gewerkschafters entgegen und beschloß fast einstimmig die Annahme des gegenwärtig Erreichten. Auch bei dieser Firma gestaltete sich der Verhandlungsengang im Rahmen der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses. Wenn auch nicht alles erreicht worden ist, was notwendig war, so sind doch die Kollegen ein Stück vorwärts gekommen, wenn man in der Hauptfache Breslauer Verhältnisse Revue passieren läßt. Was sagt nun Herr Abonnent Schneider-Brig dazu?! — Wo bleiben die Reifeeffektenarbeiter von Meyer und Arnade-Görlich —? r—h.

Bremen. Die Kollegen der Firma L. Gärtner A.-G. in Bremen-Hafstedt haben am 27. November 1912 die Arbeit niedergelegt, weil die Firma den Vertrauensmann gemäßigelt hatte. Erreicht wurde nach 1 1/2stündiger Arbeitsniederlegung die Wiedereinstellung des Vertrauensmannes und war somit die Sache geschlichtet.

Ferner machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß neuereitende Kollegen, welche nicht durch unseren Verhandlungsmodus eingestelt sind, nicht anerkannt werden und haben dieselben es selbst zu fragen, wenn ihnen durch Nichtbeachtung dieser Warnung Unannehmlichkeiten entstehen. Unser Nachweis ist abends im Gewerkschaftshause von 8—8 1/2 Uhr und Sonntags von 11—12 Uhr geöffnet.

Korrespondenzen.

Dortmund. (E. 27. 11.) Unsere letzte Mit-

Hamburg-Altona. (E. 29. 11.) In der gut be-

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hatte

Dresden. (E. 30. 11.) Am 22. November be-

kaun tun, was er will, so weiß das jeder selbst, aber

Konstanz. (E. 1. 12.) In unserer am 23. No-

Bremen. (E. 2. 12.) In der am 30. November

Wiederholungen. In unserem letzten Versam-

Soziales.

Uegen die „Volksfürsorge“ ist, wie wir bereits

Trotz dieses Aufwandes ist die Tagung der

die Möglichkeit eines Vorgehens gegen den „sozia-

Das klingt reichlich allgemein, und auch die An-

„Victoria“-Agenten gegen die Volksfürsorge. Im

Genossenschaftliches.

Erster außerordentlicher Genossenschaftstag. Am

Es lagen eine Reihe Abänderungsvorschläge vor,

zuändern. Sie wurden aber abgelehnt, doch sollen sie dem Generatrat überwiesen werden. Ein Antrag will den Revisionenverbänden eine größere Einwirkung auf die Wahlen zum Generatrat einräumen, er wird aber abgelehnt. Der gesamte Entwurf wird genehmigt.

Es werden darauf die Beiträge für den Zentralverband neugegült. In den Vorstand des Zentralverbandes werden als ehrenamtliche Mitglieder Lorenz, Radestod und Liebmann und als berufsmäßige Mitglieder Kaufmann, Dr. Müller und Bestlein gewählt. Das Aktienkapital für die Verlagsgesellschaft wird auf zwei Millionen Mark festgesetzt, wovon 1.923.000 Mk. bereits gezahlt sind.

Ausland.

Aus der Arbeiter-Internationale, Belgien. Der Kammer wurde ein Abkommen zwischen Belgien und Deutschland zur Verhängung vorgelegt, das eine Gegenseitigkeit in bezug auf die staatliche Unfallversicherung für die im Nachbarlande verunglückenden Arbeiter vorsieht. Die Auszahlung der Entschädigungen soll durch die beiderseitigen Konsula geschehen. Das Abkommen wird voraussichtlich am 1. Februar 1913 in Kraft treten.

Canada. 5000 Eisenbahnbureauangestellte der Canadian Pacific legten am 4. November die Arbeit nieder, nachdem alle Versuche, auf friedlichem Wege eine Lohnerhöhung zu erhalten, gescheitert waren.

England. 500 Unternehmern wurden die Forderungen der auf drei Organisationen beteiligten Färber unterbreitet, die einen Minimallohn von 50 Pf. pro Stunde verlangen. Die Arbeiter selbst stimmen zurzeit darüber ab, ob nötigenfalls die erforderliche 14tägige Kündigung eingereicht werden soll. — Um 4 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde zu erhalten, streifen am Glbde 1000 Elektricitätsarbeiter. — Die Forderung der Bergwerksbesitzer in Wales auf 2/3prozentige Lohrerhöhung wurde von dem permanenten Schiedsrichter abgelehnt. — Die wegen Mangels an Regierungsaufträgen (weil keine gewerkschaftlich anerkannten Arbeitsbedingungen) bankrotten „Ithames“-Eisenwerke wurden von einem Konsortium für 6 Millionen Mark unter der Bedingung gekauft, daß die interessierten Gewerkschaften 2 Millionen Mark Kapital darin investieren. Dafür sollen sie anerkannt und der Achtundzweiundzwanzigsten eingeleitet werden. In den betreffenden Gewerkschaften wird der Plan zurzeit erörtert. — Das Haus der Lords entschied zugunsten der Buchdruckerorganisation in einem wichtigen Prozeß. Ein Unternehmer, der wegen Tarifbruchs von der Liste der tariffreien Firmen gestrichen worden war, wurde mit der Schadenersatzklage nach langem Prozeß jetzt in der höchsten Instanz abgewiesen.

Italien. Der soeben in Bologna beendete Kongreß des Landarbeiterverbandes, der mehrere Hunderttausend Mitglieder zählt, forderte von der Regierung die weitere Verbesserung der zahlreichen großen Sümpfe, um dadurch der Arbeitslosigkeit und dem Elend der Auswanderung entgegenzuwirken. — Bei Pesaro wurde nach einer öffentlichen Versammlung ein sozialistischer Arbeiter von einem Sekretär der katholischen Liga meuchlings erschossen. — Um eine Verschmelzung der vier bestehenden Eisenbahnergewerkschaften herbeizuführen, bildete sich ein gemeinsames Komitee.

Süd-Amerika. In Callao in Peru brachte ein Generatrat, dem sich sogar die Polizei anschloß, jeden Handel und Verkehr zum Stillstand. Auch im Hafen ruhte die Arbeit vollständig. Ueber das Resultat meldet die bürgerliche Presse dort noch nichts. — In Sao Paulo, Brasilien, hat ein Verkehrsarbeiterstreik solche Ausdehnung genommen, daß jeder Verkehr mit Santos, der großen Kaffezentrale, unterbrochen ist. Der Schaden für den Handel ist schon sehr groß.

Vereinigte Staaten. Das Verfahren bei Einhaltsbefehlen wurde vom Oberbundesgericht, zum Teil den Wünschen der Arbeiter entsprechend, neu geregelt. Danach sollen in Zukunft Einhaltsbefehle nicht mehr ohne Benachrichtigung der belangigten Partei verhandelt oder bewilligt werden. In letzter Zeit hatten die Unternehmer mit großem Erfolge Einhaltsbefehle gegen Streikpostenstreichen, Streikagitation, Streikbeschlüsse, Streikunterstützung usw. erwirkt. Ob diesem richterlichen Ansgang ein Ende bereitet wird durch die neue selbstherrliche Verfügung des Oberbundesgerichts, bleibt sehr zweifelhaft. — Einige Bergwerksbesitzer strengten gegen den Verband der Bergarbeiter eine Schadenersatzklage im Betrage von 3 Millionen Mark an wegen „Schädigung durch Streik“. — Nach einer Zusammenstellung des Gewerkschaftsbundes gehören dem neuen Repräsentantenhaus 16 Gewerkschaftsmitglieder, darunter vier Republikaner und 12 Demokraten an, ferner wurde ein Mitglied des Textilarbeiterverbandes in den Senat gewählt. Dem alten

Kongreß gehörten 15 Gewerkschaftsmitglieder, darunter der Sozialist Verquet, an.

Rundschau.

Der Reichstag hat seine Arbeiten am 26. November wieder aufgenommen. Der fortgeschrittliche Abg. Macamp, der im Laufe des Sommers von Tag zu Tag an den Knöpfen seiner Weste abgezählt hatte, ob er sein wurmtüchtiges Mandat freiwillig niederlegen oder aber abwarten sollte, bis er offiziell ermittelt werden würde, hatte schließlich wirklich niedergelegt. Damit war der Präsidentenposten frei geworden, so daß eine Neuwahl stattfinden mußte, obwohl Macamp bei der Wiedereröffnung des Reichstags wieder im Besitze seines Mandats war. Die Mehrheit wählte den alten Heren wieder, wenngleich er in seiner Hilfslosigkeit auf dem Präsidentenstuhl kaum überfordert werden kann. Für die sozialdemokratische Fraktion waren bei der Wahl Macamps zum Präsidenten politische Gründe ausschlaggebend: sie dürften nicht die Möglichkeit vergrößern, daß dem Hause ein schwarzer Spahn als ängeres Kennzeichen aufgesetzt würde, deshalb stimmten sie für Macamp, der als „liberales“ Glied des Hauses anfänglich, daß es eine Mehrheit der Linken hat — wenigstens manchmal. — Die sachlichen Beratungen des Reichstags begannen mit den Erörterungen der Feuerungsinterpellation, die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht worden war. Man kann erstensamerweise feststellen, daß es die drei sozialdemokratischen Redner waren, die an jedem der drei Tage die Höhepunkte darstellten. Genosse Scheidemann, der den Kampf mit einer solchen Attade gegen Regierung und Agrarier eröffnete, führte den Nachweis, wie die Regierung Schritte für Schritt vor den agrarischen Reichstagen hergelaufen ist. Was sie erst als unannehmbar von den agrarischen Forderungen bezeichnet hat — wie z. B. den viererörterten § 12 des Fleisch-Beschlaggesetzes, der die Einfuhr argentinischen und australischen Geflügels verbietet —, dafür kämpfte sie jetzt als für das Beste und Unentbehrliche ihrer Volkswirtschaft. Da der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, dieser warme Verehrer von Pferde- und Kaninchenfleisch (für andere), erklärt hatte, daß er mit dem § 12 stehe und solle, antwortete ihm Scheidemann mit niederrichtiger Wobheit: Fallen Sie nur! Für 1000 Rentner geirreterer Dummheit und Minder tausche ich Sie jeden Tag aus! Unser Redner forderte zur Veränderung der Fleischnot 1. Aufhebung der Lebensmittelpölle, damit alle Lebensmittel verbilligt werden; 2. Öffnung der Grenzen, damit ausländisches Schlachtvieh ins Land kommen kann; 3. Beseitigung des erwähnten § 12, damit überflüssiges Fleisch eingeführt werden kann. Der Reichskanzler, der sofort nach unserem ersten Redner das Wort nahm, um die feierliche Hohlpolitik zu verteidigen, sprach matt, saft- und kraftlos. Er mußte, wie dürftig seine Argumente waren, er fühlte sich ganz an der agrarischen Struppe und bot ein Bild des Jammers. Außer dem Kanzler hürzten sich noch die Minister von der preussischen Landwirtschaft und der reichsdeutschen Sozialpolitik in geistige Luthosen, um den unmäßigen Beweis zu führen, daß nichts gegen die Fleischnot zu unternehmen sei, wenn nicht die Landwirtschaft geschädigt werden solle. Die Genossen Wolkenbühr und Südekum deckten die Herren erbarungslos zu. Als der Direktor des Reichs-Gesundheitsamts dem zuletzt genannten Redner entgegenzutreten wollte, fuhr er seinen Karren immer mehr in den Morast. — Die sozialdemokratische Fraktion brachte vor Schluß des dreitägigen Kampfes einen Antrag ein, in dem ausgesprochen wird, daß das Verhalten des Reichskanzlers in Sachen der Fleischnot den Anshandlungen des Reichstags nicht entspricht. Für diesen Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten auch mehr als 30 Fortschrittler, so daß schon 140 Stimmen gegen Herrn Bethmanns sogenannte Wirtschaftspolitik abgegeben worden sind. Immerhin: Die agrarischen Reaktionsäre haben noch immer die Mehrheit, auf die die Regierung sich stützt. Deshalb bleibt bei der alten Lösung; mehr wirkliche Arbeitervertreter müssen in den Reichstag. — Am 2. Dezember will Bethmann über die auswärtige Politik Auskunft geben. Das wird ein Gierfang mit obligatorischem Säbelgerassel werden, bei dem die national-liberalen, zentristischen, konservativen und sonstigen Überfraktionen abwechselnd und gemeinsam patriotisch überfrähen werden. Darüber dann nächste Woche einige Betrachtungen.

Herrmann Förster 7. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Reuß a. L., Herrmann Förster, ist am 25. November nach kurzer Krankheit verschieden. Aus dem Proletariat hervorgegangen, war Abg. Förster von Beruf Tabakarbeiter, betrieb in Hamburg eine Petting an ein eigenes Geschäft, mußte dasselbe aber infolge der Tabakarbeitererhöhung wieder aufgeben. Während seiner Hamburger Zeit war er auch Mitglied der Bürgerchaft. — Dem

Reichstage gehörte er mit Ausnahme der Jahre 1906 bis 1911 seit 1890 an.

Arbeitswilligenshau und die Offenbacher Handelskammer. In ihrer letzten Gesamtsitzung hat die Handelskammer Offenbach einstimmig zur Frage des Schutzes der Arbeitswilligen durch nachdrückliche Entschärfung Stellung genommen, welche den Groß. Ministerien des Innern und der Justiz, den Groß. Kreisämtern Offenbach und Dieburg, dem Groß. Polizeiamt Offenbach, zu Händen des Herrn Regierungsrats Dr. Wagner und dem Deutschen Handelsrat unterbreitet worden ist:

„Die von der Handelskammer Offenbach festgestellten Ausschreitungen bei Streiks gegen Arbeitswillige beweisen, daß es an dem hinreichenden Schutze gefehlt hat. Nach eingehender Prüfung der einschlägigen rechtlichen Möglichkeiten, einen solchen durchzuführen, ist sie jedoch zu der Ueberzeugung gelangt, daß nicht diese hierfür unzulänglich sind, sondern es vielmehr an ihrer erforderlichen Anwendung gemangelt hat. Schon deshalb vermag die Handelskammer einem von verschiedenen Seiten geforderten gesetzlichen Verbot des Streikpostenstehens nicht das Wort zu reden. Aber selbst wenn die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen gegen Belästigungen und Tätschkeiten der Streikenden nicht ausreichen, so würde sie in einem gesetzlichen Verbot des Streikpostenstehens einen empfehlenswerten Ergänzung der betreffenden Vorschriften nicht erblicken können. Dies, abgesehen von schwerwiegenden Bedenken allgemeiner Art, schon aus dem Grunde nicht, daß ein generelles gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens mangels Vereinbarkeit praktisch nicht durchführbar, aber auch bei absehendenfalls die schwerer zu fassenden geheimen Mittel zur Kontrolle der Arbeitswilligen und ihrer Einschüchterung zweifellos eine unerwünschte und hintanzuhaltende Verschärfung erfahren würden. Dagegen muß die Handelskammer die dringende Forderung erheben, daß die berufenen Organe des Staates, die Staatsanwaltschaften, Polizei- und Verwaltungsbehörden, unter Benutzung der gegebenen Verbände alles anbieten, um die Willensfreiheit jedes einzelnen Arbeitswilligen zu schützen, insbesondere um Zusammenrottungen bei Arbeitskämpfen unmöglich zu machen.

Der so oft geforderte Schutz der Arbeitswilligen, den viele in völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse lediglich in einem gesetzlichen Verbot des Streikpostenstehens erblicken, zwingt aber zu weitergehenden allgemeineren Erwägungen. Das gewaltige Anwachsen der Organisationen in den letzten Jahrzehnten, nicht nur derjenigen der Unternehmer und Arbeiter, und die Beeinflussung der Bewegungs- und Willensfreiheit des einzelnen durch sie, muß in mehr als einer Hinsicht mit Sorge erfüllen und die Frage aufwerfen, ob die durch unser gemeinsames Recht früher sichergestelltete Freiheit jedes einzelnen Staatsbürgers auch heute noch gewährleistet erscheint. Aus grundsätzlichen Bedenken muß aber die Kammer jedem Versuch der Lösung des Problems durch ein Spezialgesetz widerrotten. Man wird im Interesse der Verkehrsfreiheit zunächst mindestens dazu kommen müssen, allen gewerblichen Berufsvereinen, auch den lokalen, die Verpflichtung der Eintragung ihres Namens, Sitzes, Vorstandes und ihrer Satzungen in ein amtliches Register aufzuerlegen, ihnen zu gestatten, die Rechtsfähigkeit zu erwerben und die Geltung des § 31 R. G. U. unter allen Umständen auch für sie außer Zweifel zu setzen, wodurch die vermögensrechtliche Fassung der Vereine für ihre sogenannten Organe statuiert wird. Bei der bevorstehenden Reform des allgemeinen Strafrechts werden geeignete Bestimmungen gegen Beschränkungen der Willensfreiheit des einzelnen (Verbandssterror), sowie ein beschleunigtes Strafverfahren bei Vergehen gegen die öffentliche Ordnung ins Auge zu fassen sein. Selbstverständlich muß, worüber die Handelskammer keinen Zweifel lassen will, ernst Bedacht darauf genommen werden, daß durch solche Maßnahmen, welche der wahren Koalitionsfreiheit dienen sollen, dieses hohe Gut selbst nicht angetastet wird. Die Kammer ist sich wohl bewußt, um welche einschneidenden Fragen es sich hierbei handelt, deren Lösung ohne weitgehende Mitwirkung der Berufsvereine nicht versucht werden darf.“

Man sieht, die Offenbacher Handelskammer ist in den Mitteln, mit denen den Gewerkschaften beizukommen wäre, durchaus nicht verlegen. Vor allem empfiehlt sie die Aufnahme des Vereins, des Vorstandes und des Statuts in ein amtliches Register. Dann soll die Gewährung der Rechtsfähigkeit mit der Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften verbunden werden. Kommt dann noch eine Verschärfung der Strafprozessordnung und eine straffere Anwendung der jetzt schon geltenden gesetzlichen Bestimmungen, dann will die Handelskammer auf ein Ausnahme-gesetz verzichten. An den Gewerkschaftsmitgliedern wird es liegen, die Unternehmerrände aufzuhalten zu machen.

Man sieht, die Offenbacher Handelskammer ist in den Mitteln, mit denen den Gewerkschaften beizukommen wäre, durchaus nicht verlegen. Vor allem empfiehlt sie die Aufnahme des Vereins, des Vorstandes und des Statuts in ein amtliches Register. Dann soll die Gewährung der Rechtsfähigkeit mit der Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften verbunden werden. Kommt dann noch eine Verschärfung der Strafprozessordnung und eine straffere Anwendung der jetzt schon geltenden gesetzlichen Bestimmungen, dann will die Handelskammer auf ein Ausnahme-gesetz verzichten. An den Gewerkschaftsmitgliedern wird es liegen, die Unternehmerrände aufzuhalten zu machen.

Man sieht, die Offenbacher Handelskammer ist in den Mitteln, mit denen den Gewerkschaften beizukommen wäre, durchaus nicht verlegen. Vor allem empfiehlt sie die Aufnahme des Vereins, des Vorstandes und des Statuts in ein amtliches Register. Dann soll die Gewährung der Rechtsfähigkeit mit der Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften verbunden werden. Kommt dann noch eine Verschärfung der Strafprozessordnung und eine straffere Anwendung der jetzt schon geltenden gesetzlichen Bestimmungen, dann will die Handelskammer auf ein Ausnahme-gesetz verzichten. An den Gewerkschaftsmitgliedern wird es liegen, die Unternehmerrände aufzuhalten zu machen.

Phantasia der „Deutschen Arbeiterzeitung“.
Mit der Heberfahrt „Mißwirtschaft einer Kris-
tenkrankenkasse oder ein sozialdemokratisches Zukunfts-
bild“ trägt das Planché des päpstlich geduldeten
Arbeiterverbandes seinen Lesern eine Schauer-
mar auf, worin dem Vorstand der sozialdemokratisch
geleiteten Krisitenkrankenkasse in Solingen der
Vorwurf der Miß- und Vorkerkerschaft gemacht wird,
trotzdem das Zentrumskomitee, wenn auch mit
schwerem Herzen, zugaben muß, daß sowohl der Men-
dant als auch der zweite Vorsitzende, Ledermann-
fabrikant Giekmann, Anhänger bürgerlicher Par-
teien sind, die die Kasse um mindestens 100.000 Mk.
betrogen haben sollen. Der Vorsitzende Knuth,
sozialdemokratischer Stadtverordneter, wird beschul-
digt, nicht nur selbst unrechtmäßiger Weise Geld
vom Mendanten angenommen — über 2000 Mk. —
zu haben, er hat auch selbst Vorkasse der Kasse ent-
nommen und hat es gewagt, daß das bürgerliche Vor-
standsmitglied Pöffelmann große Beträge — bis zu
12.000 Mk. — aus der Kasse erhalten hat, die zum
Teil als sogenannte Darlehen eingetragen wurden,
obwohl die Kasse infolge der Unterhaltungen die
sein Geld hatte, um ihren Verpflichtungen nachzu-
kommen.

Die Quelle dieser Entrüstungsorgien der
homogenen Zentrumspreffe ist das „Solinger Tag-
blatt“. Dieses Organ, das bisher mit besonders wilder
Entrüstung gegen die „sozialdemokratische Vor-
standsbesatzung“ losgedonnert hat, ist plötzlich
sehr kleinlaut geworden und hat schon angefangen zu
kribbeln. Diese Ernüchterung hängt offenbar damit
zusammen, daß der gesamte Vorstand Straf-
antrag wegen verleumdender Verleumdung ge-
stellt hat.

Wenn in Solingen oder sonstwo Sozialdemo-
kraten das in sie gesetzte Vertrauen in der von der
Zentrumspreffe behaupteten Art mißbraucht haben,
so wird das in unseren Kreisen niemand billigen,
und die Schuldigen fliegen, wenn ihre Vergehen nach-
gewiesen sind, rücksichtslos aus der Partei hinaus.
Die christliche Presse freilich, die sich heftig dagegen
wehrt, daß die Zentrumspreffe für die zahllosen
schweren Entgleisungen geistlicher und weltlicher Ge-
sinnungsfreunde verantwortlich gemacht wird, wird
sich trotzdem bemühen, jede Unrechtheit eines sozial-
demokratischen Vertrauensmannes als naturnot-
wendige Folge sozialdemokratischer Weltanschauung
hinzufügen.

In dem Solinger Fall sind nun folgende Tat-
sachen festzustellen:

Der Mendant Reinhard wurde verhaftet, nach-
dem eine amtliche Revision ergab, daß 63.000 Mk.
an Kassenvermögen fehlen und von ihm unterschla-
gen wurden. Reinhard ist nicht Sozialdemokrat,
sondern Anhänger einer bürgerlichen Partei.

Der zweite Vorsitzende soll Gegenstände, die der
Kasse gehören, an sich genommen und für sich ver-
wertet, sowie Unterschreiben zu seinem Vorteil und
zum Schaden der Kasse gefälscht haben, und wurde
ebenfalls verhaftet. Dieser Mann ist Arbeitgeber-
vertreter und war, was die Zentrumspreffe ver-
schweigt, bei verschiedenen politischen Wahlen Mit-
glied des liberalen Wahlkomitees. Er ist also auch
kein Sozialdemokrat.

Der erste Vorsitzende der Kasse, der sozialdemo-
kratische Stadtverordnete Knuth, wurde von der Be-
hörde wiederholt vernommen; ein Vergehen konnte
ihm jedoch nicht nachgewiesen werden. Wohl hat er
auf Beschluß des Vorstandes auf seinen Antrag ein
Darlehen als zweite Hypothek auf sein Haus aus
Kassensmitteln erhalten. Diese Hypothek hätte der
Vorstand nicht bewilligen dürfen, da eine zweite
Hypothek nicht als mündelischer angesehen wird.
Außerdem hat Knuth von dem ihm befreundeten
Mendanten ein Darlehen erhalten. Doch das ist eine
reine Privatangelegenheit. Wenn Reinhard das Geld für
dieses Darlehen der von ihm verwalteten Kasse ent-
nommen hat, so werden die hochmoralischen christ-
lichen Ankläger zu beweisen haben, daß Knuth dies
gewagt hat. Und darauf kommt es doch wohl an.

Wie oben gesagt, wir billigen nicht, wenn
Sozialdemokraten das in sie gesetzte Vertrauen miß-
brauchen und treffen Maßnahmen, die ihnen das
Wiederkommen verfehlen machen. Aber warum ver-
schweigt das christliche Organ, daß der irramme Zen-
trumsagitator und Vorbeter bei Prozeßionen, der
Mendant Knuth der Krisitenkrankenkasse Weltmann,
Betrügereien, Urkundenfälschungen und Unter-
schlagungen begangen hat, weswegen er schon seit
Juli d. J. vom Amte suspendiert worden ist und sich
jetzt in Haft befindet? U. A. m. a.

Der Redakteur. Als der liebe Gott die Menschen
schuf und diese sich nach dem Sündenfall vermehrten,
da mußte er daran denken, an sie die Bewerte auszu-
teilen. Er setzte Schlichter, Schneider, Hausbesitzer,
Agenten, Millionäre usw. ein, und als er sein ferti-
ges Werk betrachtete, nickte er befriedigt mit dem

Kopfe und sagte: Es ist gut. Da sah er in einer Ecke
des Weltalls einen Menschen stehen, der sich beschei-
den im Hintergrund hielt und für den kein Beruf
mehr übrig geblieben war. Der liebe Gott zog nach-
denklich seine Stirn in krause Falten, rief den Men-
schen herbei und sagte: Ich habe schon alle Berufe
vergeben, was soll ich aus dir machen? Dann nahm
er ihm vor allem die Bescheidenheit und ersetzte sie
durch das Bedürfnis, seine Nase steck in alle Dinge
hineinzustecken. Sodann stattete er diesen Menschen
mit Schere, Phantasia und Kleptomane aus, gab ihm
die Schindlucht nach Sensation, verfab ihn mit einer
dicken Haut und einem ausdauernden Stiefel, und
als dies geschieden war, nannte er als neuen Beruf
dieses Menschen: Sei Redakteur! Aber der liebe
Gott hatte durch die verschämterische Ausstattung
dieses Wesens mit Eigenschaften einen schweren Miß-
griff getan, denn der Redakteur wurde übermütig.
Da beschloß der liebe Gott, ihm zwei Geißeln auf
den Hals zu laden, die ihm jein Dasein verbittern
und ihm mitunter rasend machen sollen: den Staats-
anwalt und den sich jede Würzung seines Artikels
verbitenden Einsender. Damit ward der Redakteur
schwer gequält. Seine Feder hümpfte sich ab, sein
Ideenreichtum wurde gewaltig im Laufe gebremst.
Die dicke Haut wurde von den Einsendern bis zur
Grenze ihrer Widerstandskraft gereizt, das Stiefel-
fleisch kam in Krämpfe und der Redakteur lernte das
Kluden und begann, an Gott und seiner Ver-
messenheit zu zweifeln. Jetzt erkannte zwar auch der
liebe Gott, daß er einen verfehlten Beruf geschaffen
hätte, aber es war nicht mehr viel zu machen. Den
Staatsanwalt mußte er unter allen Umständen als
gottgewollte Einrichtung bestehen lassen, aber zur
Erleichterung ihres Schicksals schuf er für die Re-
dakteure den Papierkorb. Das ist die wahrheits-
getreue Entstehungsgeschichte der Redakteure, Staats-
anwälte, Einsender und — Papierkörbe.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Heilbronn
wurde das Ritualied Rudolf Köße, N.-Nr. 20 180,
wegen Verstoßes gegen die Interessen des Ver-
bandes angefochten.

Das Ritualiedsbuch Nr. 6896, auf den
Namen Paul Wahnisch aff lautend, ist ver-
lorengegangen und wird hiermit für ungültig
erklärt.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Bieber. K. Emil Weigel, Weinbergstraße.

Sterbetafel.

Berlin. Am 17. November schied der Tischner
Leon Schlapczynski, 63 Jahre alt,
freiwillig aus dem Leben.
Ehre seinem Andenken!

Bücherschau.

Kauft gute Bücher! Unter dieser Mahnung ver-
sendet in diesen Tagen der Bildungsausschuß der
sozialdemokratischen Partei Deutschlands seine Ju-
gendschriftenverzeichnisse. Zur Ergänzung des
großen Verzeichnisses des vorigen Jahres, das auch
in diesem Jahre wieder mit verschickt wird, hat der

Bildungsausschuß ein Nachtragsverzeichnis heraus-
gegeben, das 321 neu geprüfte und neu in das Ge-
samtsverzeichnis aufgenommenen Jugendchriften ent-
hält. Das Gesamtsverzeichnis hat damit einen Um-
fang von 1027 Nummern erreicht. Unter den neu
aufgenommenen Schriften befinden sich auch die
neuesten Hefie der Sammlung „Wiesbadener Volks-
bücher“.

Der eigentlichen Jugendchriftenpropaganda die-
ses Jahres gilt eine kurze Auswahl besonders wert-
voller und besonders billiger Jugendbücher aus dem
Gesamtsverzeichnis des Bildungsausschusses. Das
große Verzeichnis ist zu umfangreich geworden, als
daß es sich für die Hand der Eltern, Erzieher und
älterer Freunde zum Aussuchen eines passenden Ge-
schenkbuches für die Kinder eignete. Das kleine
Verzeichnis erleichtert dieses Aussuchen, weil es alle
Bücher ausselektiert, die sich durch zu hohen Preis
oder aus anderen Gründen nicht in erster Linie für
Arbeiterfamilien eignen.

Die Jugendchriftenverzeichnisse verwendet der
Bildungsausschuß (Leiter, Schulz, Berlin SW. 68,
Lindenstraße 3) gern an alle Interessenten. Das
kleine Verzeichnis beachtlichen wir demnächst zur
Unterstützung der Propaganda für gute Jugend-
schriften abzurufen.

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir kostenlos diejenigen
Verfammlungsangelegen, die bis zum Redaktionsschluß bei
uns einlaufen.)

- Berlin. Treibriemenbranche: Sonn-
abend, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in „Schulz-
Stradstraße“, Rungstr. 17, Eingang Königsgraben.
- Pomm. Samstag, den 14. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, „Deutscher Hof“, Kölnstr. 52.
- Brandenburg a. S. Mittwoch, den 11. Dezember,
abends 8 1/2 Uhr, „Volksklub“.
- Göthen. Sonnabend, den 14. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, „Ludwigshalle“.
- Chemnitz. Sonnabend, den 14. Dezember,
abends 8 1/2 Uhr.
- Dortmund. Samstag, den 14. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, „Germania-Halle“.
- Dresden. Donnerstag, den 12. Dezember,
abends 8 1/2 Uhr, Al. Volksklubsaal.
- Essen-Muhl. Samstag, den 14. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, Meil. Schmierstra.
- Halle. Sonnabend, den 14. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, „Goldenes Kreuz“.
- Halle a. S. Sonnabend, den 14. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, „Volksparl“.
- Hannover. Sonnabend, den 14. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Hlin. Sonntag, den 15. Dezember, vormittags
11 Uhr, öffentliche Verfammlng, Um desse Tommes.
- Kiel. Dienstag, den 10. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- München. Samstag, den 14. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, „Lampgarten“.
- Nürnberg. Montag, den 9. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Dhrbruf. Montag, den 9. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, „Alter Schützenhof“.
- Hofst. Montag, den 9. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, Beguinenberg 10.
- Reis. Sonnabend, den 14. Dezember, abends
8 1/2 Uhr, Kämpfe, Schützenstraße.

Anzeigen

Lüchtige Sattler
auf Militärarbeit finden bei gutem Lohn sofort Ver-
schäftigung bei
Julius Janien, Straßburg i. E.
Beabsichtige, anderer Unternehmungen halber
meine in Listli gelegene gutgehende
Sattlerei
verbunden mit einem **Ladengeschäft** zu sehr günstigen
Bedingungen abzugeben. Offerten bitte unt. N. 100
an die Expedition dieses Blattes einzureichen.

Leberwaren!
Leberabfälle, Drucklässe, Kathun-Kester, Ver-
schlüsse gegen sofortige Kasse läuft
J. Knopf, Berlin N. 58, Ranziger Straße 24.

Lackierermeister für Melmlackiererei
wird verlangt. Offerten unter Giffre X. Y. Verlag
der Sattler- und Portefeuille-Zeitung, Berlin, Brüdern-
straße 10b.

Arbeiter-Mieterwohnungen
für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch
gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl;
Leistung gern gestattet, Kassenpreis, Zinsvergütung.
Kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch
des Käufers. Rein Abzahlungsgechäft.
Wobbert, Tischlermeister, Berlin, Adersrahe 54.

Rummerspäne
(Hahnspäne) und Sattelblöde empfiehlt billigst
Herrn. Jos. Kaulars, Eigersheim, Kreis Montjoie.